

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025 **der Kieler Volksbank eG**

Gliederung des Lageberichts

- A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit
- B. Geschäftsverlauf und Lage (Wirtschaftsbericht)
 - 1. Rahmenbedingungen
 - 2. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren der Kieler Volksbank eG
 - 3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs
 - 4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der wirtschaftlichen Lage
 - a) Ertragslage
 - b) Finanzlage
 - c) Vermögenslage
 - 5. Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage
- C. Risiko- und Chancenbericht
- D. Prognosebericht

Vorläufig

A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Grundauftrag der Kieler Volksbank eG ist die wirtschaftliche Förderung ihrer Mitglieder (§ 1 GenG). Dabei steht das genossenschaftliche Kreditinstitut allen Bevölkerungskreisen und Wirtschaftszweigen als Partner zur Verfügung mit traditionell besonders enger Verbundenheit zu mittelständischen Unternehmen, Freiberuflern und Handwerkern. Die geschäftlichen Aktivitäten konzentrieren sich grundsätzlich auf das regionale Geschäftsgebiet rund um die Kieler Förde sowie Schleswig-Holstein und Hamburg. Durch die räumliche und persönliche Kundennähe kennt die Kieler Volksbank eG die regionalen Marktgegebenheiten genau und ist seit 128 Jahren bedeutender Akteur der heimischen Wirtschaft.

Es wird die Philosophie der Gesamtbedarfsberatung zur Ausschöpfung des vollen Kundenpotenzials verfolgt mit Fokussierung auf die zentralen Geschäftsfelder Firmen, Gewerbe, Privatkunden und PrivateBanking sowie in Ergänzung zum Kundengeschäft und zur Liquiditäts-, Ertrags- und Risikosteuerung das Eigen- und Beteiligungsgeschäft. Digitale Bankleistungen vervollständigen den klassischen Filialvertrieb der zukunftsorientierten Multikanal Bank. Die Erwartungen ihrer Mitglieder und Kunden erfüllt die Kieler Volksbank eG, indem sie einerseits als selbständige Bank volle Entscheidungsfreiheit besitzt und andererseits das qualifizierte Leistungsangebot der Genossenschaftlichen FinanzGruppe nutzt.

Zur Erfüllung von § 1 EinSiG i. V. m. § 1 Abs. 3d Satz 1 KWG gehört die Kieler Volksbank eG der BVR Institutssicherung (BVR ISG Sicherungssystem) an. Das BVR ISG Sicherungssystem ist eine Einrichtung der BVR Institutssicherung GmbH, Berlin (BVR ISG), die als amtlich anerkanntes Einlagensicherungssystem gilt. Daneben ist die Kieler Volksbank eG der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR SE) angeschlossen, die aus dem Garantiefonds und dem Garantieverbund besteht. Die BVR SE ist als zusätzlicher, genossenschaftlicher Schutz parallel zum BVR ISG Sicherungssystem tätig. Verpflichtungen aus Verträgen mit der Sicherungseinrichtung bestehen nicht.

Zuständiger Prüfungsverband ist der Genoverband e.V., Mailänder Straße 4a, 30539 Hannover.

Die Genossenschaft unterhält keine Zweigniederlassungen im Sinne von § 14 GenG.

B. Geschäftsverlauf und Lage (Wirtschaftsbericht)

1. Rahmenbedingungen

Im Jahr 2025 konnte sich die deutsche Wirtschaft noch nicht aus der ausgeprägten Schwächephase der Vorjahre befreien. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung hat sich jedoch etwas gefestigt. So stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt nach ersten amtlichen Berechnungen leicht um 0,2 Prozent, nachdem es in den Jahren 2023 und 2024 noch um 0,9 Prozent beziehungsweise 0,5 Prozent gesunken war. Auch das Preisgeschehen hat sich stabilisiert. Während sich die Verbraucherpreise 2023 noch um 5,9 Prozent verteuerten, erhöhten sie sich im Jahresdurchschnitt 2025 um 2,2 Prozent und damit in gleichem Maße wie 2024. Obwohl sich die wirtschaftliche Stimmung zu Jahresbeginn aufgehellt hatte – befördert vor allem durch die erwarteten Ausgabensteigerungen der neu gewählten Bundesregierung für Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz – blieb eine nachhaltige Konjunkturbelebung erneut aus. Die Gemengelage aus hohen weltwirtschaftlichen Unsicherheiten – insbesondere verursacht durch die unberechenbare US-Handelspolitik – und anhaltenden inländischen Strukturproblemen wie Bürokratielasten und allgemeiner Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit dämpfte die Konjunktur. Im Zuge von Vorzieheffekten der angekündigten US-Importzollerhöhungen war das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal noch deutlich gestiegen. Im weiteren Jahresverlauf belasteten die Zollerhöhungen jedoch umso mehr. Auch die zum Jahresende langsam wirksam werdenden Wachstumsimpulse der Bundesregierung, wie die Verbesserung der Abschreibungsbedingungen, führten noch keine durchgreifende Belebung herbei.

Wie bereits im Vorjahr stabilisierten die Konsumausgaben die Gesamtentwicklung. Der Privatkonsum legte preisbereinigt mit 1,6 Prozent deutlich stärker zu als 2024 (+0,5 Prozent), doch hohe Unsicherheiten über die Einkommens- und Arbeitsmarktentwicklung, schwächere Lohnsteigerungen, das Auslaufen der Inflationsausgleichsprämien und die höheren Sozialversicherungsbeitragssätze dämpften die Ausgabenbereitschaft. Verglichen mit dem Privatkonsum expandierten die preisbereinigten Konsumausgaben des Staates ebenfalls solide, aber mit 1,3 Prozent etwas schwächer. Das Investitionsklima blieb trübe. Angesichts der niedrigen Kapazitätsauslastung in der Industrie, der strukturellen Standortchwächen sowie der enormen geo- und wirtschaftspolitischen Unsicherheiten wurde erneut weniger in Ausrüstungen investiert. Der Rückgang der preisbereinigten Ausrüstungsinvestitionen (-1,9 Prozent) fiel gleichwohl schwächer aus als im Vorjahr (-5,4 Prozent). Die Bauinvestitionen verminderten sich ebenfalls weniger deutlich als zuvor (-0,6 Prozent nach -3,4 Prozent). Die Baukonjunktur zeigte sich dabei weiterhin gespalten. Während die preisbereinigten Investitionsausgaben im Wohnungsbau trotz gesunkener Finanzierungskosten und gestiegener Realeinkommen der Privathaushalte nochmals zurückgingen, gelang dem Wirtschaftsbau mit dem Ausbau von Stromtrassen und Glasfasernetzen bereits eine Trendwende nach oben. Die öffentlichen Bauinvestitionen legten erneut zu, befördert durch bereits länger geplante Infrastrukturmaßnahmen. Alles in allem sanken die Bruttoanlageinvestitionen um 0,2 Prozent und übten damit einen minimal negativen Wachstumsimpuls auf das Bruttoinlandsprodukt aus. Dem stand ein kräftiger Wachstumsimpuls vonseiten der Vorratsveränderungen (+0,7 Prozentpunkte) gegenüber, da viele Unternehmen im Zuge der unerwartet langanhaltenden Nachfrageschwäche offenbar mehr produzierten als absetzen konnten.

Der Außenhandel wurde maßgeblich durch die protektionistischere Handelspolitik des US-Präsidenten Donald Trump bestimmt. Bereits im Januar kündigte Trump neue US-Importzölle an. Ab Februar führte er dann Zusatzzölle auf Warenimporte einzelner Staaten sowie verschiedener Produktgruppen – darunter Stahl, Aluminium und Autos – ein, was teilweise handelspolitische Gegenmaßnahmen nach sich zog. Einige dieser Zölle wurden zeitweise ausgesetzt oder nach Abschluss von Handelsabkommen verringert. Insgesamt belastete die unberechenbare US-Handelspolitik den Welthandel spürbar. Angesichts des Gegenwinds von Seiten der US-Handelspolitik, sowie weiterer Belastungsfaktoren, wie der Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar und der stärkeren Konkurrenz durch chinesische Produkte, gingen die deutschen Exporte 2025 preisbereinigt nochmals zurück. Mit einer Veränderungsrate von -0,4 Prozent fiel der Exportrückgang weniger deutlich aus als im Vorjahr (-2,1 Prozent). Die Importe, die 2024 noch um 0,6 Prozent gesunken waren, legten hingegen um kräftige 3,6 Prozent zu. Sie wurden durch die robusten Konsumausgaben und durch die staatlichen Rüstungsinvestitionen gestützt.

Um die angestrebte Erhöhung der Staatsausgaben für Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz zu ermöglichen, wurden die deutschen Fiskalregeln gelockert und die Kreditspielräume erheblich erweitert. Allerdings traten 2025 nur einige der geplanten Fiskalmaßnahmen in Kraft, darunter verteidigungsbezogene Transfers an die Ukraine, sodass die Ausgaben nur moderat stiegen. Die staatlichen Einnahmen legten im Vergleich zu den Ausgaben etwas schwächer zu, trotz gestiegener Sozialversicherungsbeiträge und eines höheren Steueraufkommens. Vor diesem Hintergrund verharrte die Defizitquote auf ihrem Vorjahreswert von 2,7 Prozent. Die Maastricht-Schuldenquote dürfte hingegen etwas gestiegen sein, von 62,5 Prozent Ende 2024 auf etwa 63 Prozent Ende 2025. Erste amtliche Angaben zur Schuldenquote im Jahr 2025 werden voraussichtlich Ende April 2026 verfügbar sein.

Am Arbeitsmarkt zeigten sich unterschiedliche Entwicklungen. Während es im öffentlichen Dienst sowie im Sozial- und Gesundheitswesen zu einem weiteren Beschäftigungsaufbau kam, ging die Beschäftigung in den Bereichen Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe und Unternehmensdienstleister merklich zurück. Auch wegen des voranschreitenden demografischen Wandels, dessen Folgen durch eine weiter zunehmende Erwerbsbeteiligung im Inland und eine anhaltende Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften nicht kompensiert werden konnten, kam der langjährige Anstieg der Erwerbstätigenzahl insgesamt zum Erliegen. Die anhaltende gesamtwirtschaftliche Flaute spiegelt sich in der Arbeitslosenquote wider, die von 6,0 auf 6,3 Prozent anstieg.

An den Finanzmärkten blieben die politischen Unsicherheiten 2025 stark erhöht. Besonders die US-Administration sorgte mit umfassenden Zollandrohungen und -maßnahmen gegenüber zahlreichen Handelspartnern für globale Verunsicherung. Auch der anhaltende Krieg in der Ukraine sowie die Eskalation im Nahostkonflikt belasteten das Umfeld. In Frankreich verstärkten instabile Mehrheiten und gescheiterte Regierungen die politische Unsicherheit. Gleichzeitig wurden die Ankündigungen der neuen deutschen Bundesregierung zu umfangreichen Fiskalausgaben sowie verbesserte Wachstumsperspektiven an den Finanzmärkten positiv aufgenommen.

Der Zinssenkungszyklus, der in den meisten großen Volkswirtschaften im Jahr 2024 begann, setzte sich 2025 weiter fort. Die Europäische Zentralbank (EZB) senkte in der ersten Jahreshälfte die Zinsen weiter und wechselte anschließend in einen Haltemodus. Auf der anderen Seite des Atlantiks wartete die US-amerikanische Notenbank Federal Reserve (Fed) mit weiteren Zinsschritten bis in die zweite Jahreshälfte.

Die Aktienmärkte entwickelten sich 2025 insgesamt sehr positiv und erreichten trotz der geopolitischen Krisen und politischen Unsicherheiten vielfach neue Höchststände. Treiber waren vor allem Hoffnungen auf Künstliche Intelligenz und eine expansive Fiskalpolitik. Der DAX startete bei 19.909 Punkten, erlitt im April nach dem sogenannten "Befreiungstag" eine deutliche Korrektur, erholte sich jedoch schnell und beendete das Jahr bei rund 24.490 Punkten. Der "Befreiungstag" am 2. April 2025, ausgelöst durch neue US-Zollankündigungen unter Donald Trump, führte kurzfristig zu starken Turbulenzen: Aktienmärkte fielen um über 10 Prozent, Anleiherenditen stiegen, der Euro wertete auf und der Ölpreis brach ein. Nachdem die Zölle teilweise ausgesetzt wurden, beruhigten sich die Märkte rasch und erholten sich deutlich. Im weiteren Jahresverlauf setzten die Börsen ihren Aufwärtstrend fort.

Die 646 Genossenschaftsbanken setzten ihren Wachstumskurs im Kredit- und Einlagengeschäft trotz des gesamtwirtschaftlich herausfordernden Umfelds im Geschäftsjahr 2025 fort. Die bilanziellen Kundenforderungen nahmen im Geschäftsjahr 2025 um 30 Milliarden Euro auf 827 Milliarden Euro zu (+3,8 Prozent) und übertrafen damit den bereits robusten Vorjahreszuwachs (+2,6 Prozent im Jahr 2024). Treiber der Entwicklung waren insbesondere langfristige Finanzierungen. Auch das Einlagengeschäft der Genossenschaftsbanken verzeichnete ein solides Plus. Es erreichte zum Jahresende 925 Milliarden Euro (+3,7 Prozent). Die addierte Bilanzsumme aller Genossenschaftsbanken erhöhte sich um 32 Milliarden Euro auf 1.240 Milliarden Euro (+2,7 Prozent). Die Genossenschaftsbanken haben im Jahr 2025 ihre verlässliche Eigenkapitalbasis, die die unverzichtbare Grundlage einer soliden Geschäftspolitik widerspiegelt, weiter gestärkt. Das bilanzielle Eigenkapital stieg um 2 Milliarden Euro oder 3,7 Prozent auf 69 Milliarden Euro. Sowohl ein Anstieg der Rücklagen als auch die Erhöhung der Geschäftsguthaben (gezeichnetes Kapital) leisteten hierzu einen Beitrag. Die Rücklagen legten um 3,3 Prozent auf 50 Milliarden Euro zu, die Geschäftsguthaben wuchsen um 4,8 Prozent auf 19 Milliarden Euro. Die robuste Eigenkapitalausstattung stellt sicher, dass die Genossenschaftsbanken auch künftig in der Lage sind, die Kreditwünsche ihrer Privat- und Firmenkunden umfassend zu bedienen, insbesondere im Hinblick auf wichtige Investitionsbereiche wie Wohnungsbau, energetische Sanierungen sowie Digitalisierung. Angesichts der anhaltenden konjunkturellen Unsicherheiten bleibt die stabile Eigenkapitalbasis ein zentraler Pfeiler für die Widerstandsfähigkeit der Genossenschaftsbanken.

2. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren der Kieler Volksbank eG

Die Planung und Steuerung der Entwicklung des Instituts erfolgt über die strategische Eckwert- und Kapitalplanung auf Grundlage von Kennzahlen und Limiten. Dabei werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren verwendet, die sich auch aus der Geschäfts- und Risikostrategie ableiten lassen und die mithilfe des internen Berichtswesens regelmäßig überwacht werden.

Als bedeutsamster Leistungsindikator für die Rentabilität der Bank wird die Relation des Betriebsergebnisses vor Bewertung zur durchschnittlichen Bilanzsumme (nachfolgend: BE vor Bewertung/dBS) festgelegt. Die Kennzahl BE vor Bewertung/dBS misst die Ertragskraft der Bank in Relation zum Geschäftsvolumen, gemessen als durchschnittliche Bilanzsumme. Das Betriebsergebnis vor Bewertung entspricht dem Saldo der GuV Posten 1-12, bereinigt um periodenfremde sowie sonstige betriebswirtschaftliche außerordentliche Effekte. Strategisch wird mittelfristig ein BE vor Bewertung/dBS von mindestens 1,0 Prozent angestrebt.

Als Leistungsindikator für die Wirtschaftlichkeit wurde die Verwaltungsaufwandsquote (Cost Income Ratio, nachfolgend: CIR) bestimmt. Sie stellt das Verhältnis der Verwaltungsaufwendungen zum Zins- und Provisionsüberschuss einschließlich dem Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen dar. Die strategische Zielquote für die nächsten Jahre liegt bei <70 Prozent.

Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Bank durch nachhaltiges Wachstum werden im Kontext steigender Kapitalanforderungen angemessene Eigenmittel benötigt. Als bedeutsamster Leistungsindikator für die Kapitalausstattung dient die aufsichtsrechtlich festgelegte Kernkapitalquote nach Art. 92 Abs. 2 CRR. Die Kernkapitalquote soll durchgängig mindestens 12,25 Prozent erreichen und bis zum Jahr 2029 auf durchgängig 14 Prozent ansteigen.

Die Darstellung, Analyse und Beurteilung der einzelnen finanziellen Leistungsindikatoren erfolgt in den nächsten Abschnitten.

Neben den durch übergreifende strategische Kennzahlen gesteuerten bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren strebt die Bank aus einem Anspruch der Qualitätsführerschaft am Bankplatz Kiel und Umgebung auch nichtfinanzielle Ziele wie eine hohe Mitglieder- und Kundenzufriedenheit und eine nachhaltige Mitarbeiteridentifikation und -qualifikation an. In den Teilstrategien werden für diese Ziele verschiedene mittelfristige Mess- und Zielgrößen wie z.B. Hausbankloyalität (gemessen an Hausbankpunkten mit segmentabhängigem Zielwert von 5,0 6,1), Krankheitsquote < 6 Prozent und eine Weiterbildungsquote auf Niveau des Medians der Vergleichsgruppe definiert. Nachhaltigkeit ist seit jeher fester Bestandteil des genossenschaftlichen Wertesystems. Das mittelfristige Erreichen der Zielstufe 2 (Skala 0-5) des Reifegradfächers des Bundesverbands der Volksbanken und Raiffeisenbanken wird durch einen interdisziplinären Projektzirkel koordiniert.

3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs

Das insgesamt durch die Kieler Volksbank eG betreute bilanzielle und bilanzunabhängige Kundenwertvolumen bewegte sich mit 4,03 Mrd. Euro auf Vorjahresniveau (4,07 Mrd. Euro).

Auch die bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren entwickelten sich zielkonform.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung stieg von 26,2 Mio. Euro auf 32,8 Mio. Euro. Hierin enthalten sind 8,7 Mio. Euro einmalige Erträge aus dem Schließen von Zinsderivaten. Das relative Betriebsergebnis vor Bewertung/dBS erreichte 1,62 Prozent bzw. unter Herausrechnung des Sondereffekts 1,19 Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme gegenüber 1,26 Prozent im Vorjahr und überragte damit den strategischen Zielkorridor von 1,0 Prozent sowie die ursprüngliche Planung von 0,84 Prozent.

Die CIR blieb mit 62,1 Prozent (Vorjahr 57,7 Prozent) unterhalb des strategischen Zielkorridors kleiner 70 Prozent und unterhalb der Planprognose von 70,7 Prozent.

Die Kernkapitalquote konnte per Jahresultimo auf 14,0 Prozent (Vorjahr 12,7 Prozent) gesteigert werden und bewegt sich damit deutlich oberhalb des bisherigen Ambitionsniveaus von 12,25 Prozent mit dem mittelfristigen Ziel einer durchgängigen Überschreitung von mindestens 14,0 Prozent.

Bezüglich der nichtfinanziellen Ziele blieben die Messgrößen zur Hausbankloyalität stabil (Hausbankpunkte zwischen 4,8 bis 6,5 zu Zielwert 5,0 bis 6,1). Die Krankheitsquote ging auf 5,14 Prozent zurück und unterschritt damit den Vorjahreswert (6,18 Prozent) und den Maximalwert (6,0 Prozent). Die qualitätsrelevante Weiterbildungsquote überragte mit 2,5 Prozent das Vorjahresniveau der Vergleichsgruppe im Arbeitgeberverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (2,0 Prozent). Die strategischen Nachhaltigkeitsziele sind im Strategiehandbuch dokumentiert mit sukzessiver Umsetzung des aufsichtlichen ESG Risikomanagements.

	Berichtsjahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Bilanzsumme	1.956.596	2.046.843	-90.247	-4,4
Außerbilanzielle Geschäfte ^{*)}	96.221	177.871	-81.650	-45,9

^{*)} Hierunter fallen die Posten unter dem Bilanzstrich 1 (Eventualverbindlichkeiten), 2 (Andere Verpflichtungen) und Derivatgeschäfte.

Aus den – als Folge der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen – leicht rückläufigen Kundenforderungen und Kundeneinlagen ergab sich eine gegenüber dem Vorjahr abgeschwächte Bilanzsumme von 1,96 Mrd. Euro.

Die außerbilanziellen Geschäfte lagen aufgrund des Rückgangs der Eventualverbindlichkeiten in Form von Bürgschafts- und Gewährleistungsverträgen für Kunden bzw. des Rückgangs unwiderruflicher Kreditzusagen gegenüber Kunden und insbesondere aufgrund der Schließung von Zinsderivaten deutlich unter Vorjahresniveau.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Kundenforderungen	1.474.881	1.537.333	-62.452	-4,1
Wertpapieranlagen	187.095	181.684	5.411	3,0
Forderungen an Kreditinstitute	193.119	226.269	-33.150	-14,7

Die schwache gesamtwirtschaftliche Lage und eine konsolidierende Neugeschäftssteuerung führten zu einem Rückgang der Kundenforderungen auf 1,48 Mrd. Euro. Der Schwerpunkt des Kreditgeschäfts der Kieler Volksbank eG liegt unverändert im Bereich Firmenkunden insbesondere im weiterhin durch Marktkorrekturen beeinträchtigten Grundstücks- und Wohnungswesen, das 25,1 Prozent des gesamten Risikolumens ausmacht, gefolgt vom Baugewerbe mit 13,7 Prozent. Kredite an Privatkunden umfassen 24,9 Prozent des gesamten Risikolumens mit Schwerpunkt Baufinanzierungen. 82,5 Prozent der ausgereichten Kredite bewegen sich in den Größenklassen unter 10,0 Mio. Euro.

Die Veränderung der Wertpapieranlagen war maßgeblich geprägt durch Zugänge im Anlagevermögen.

Aus Absenkung der täglichen Anlagen bei der DZ Bank und der Übernacht-Fazilitäten bei der Deutschen Bundesbank ergab sich ein Rückgang bei den Forderungen an Kreditinstitute auf 193,1 Mio. Euro (Vorjahr 226,3 Mio. Euro).

Ergänzend zum bilanziellen Kundenkreditgeschäft vermittelte die Kieler Volksbank eG weitere Finanzierungsmittel an die Partner der Genossenschaftlichen FinanzGruppe, wie z.B. DZ Hyp, Bausparkasse Schwäbisch Hall und R+V Versicherung. Dieses außerbilanzielle Kundenkreditvolumen bewegte sich aufgrund noch verhaltener Nachfrage nach Immobilienfinanzierungen mit 201,1 Mio. Euro unter Vorjahresniveau (-6,3 Prozent). Darüber hinaus wurden den Kunden zinsbegünstigte Darlehen und öffentliche Fördermittel entsprechender Institutionen zur Verfügung gestellt.

Passivgeschäft	Berichtsjahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	264.206	310.150	-45.945	-14,8
Spareinlagen	187.504	195.021	-7.517	-3,9
andere Einlagen	1.281.886	1.314.918	-33.032	-2,5
Nachrangige Verbindlichkeiten	10.381	10.381	0	0,0

In Kongruenz zum schwächeren Kreditgeschäft haben sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Refinanzierungen) im Vergleich zum Vorjahr um -45,95 Mio. Euro vermindert.

Die Kundeneinlagen (Spareinlagen und andere Einlagen) sanken im Berichtsjahr um -40,5 Mio. Euro auf 1,47 Mrd. Euro, dies insbesondere durch Umschichtungen ins Wertpapier- und Depotgeschäft sowie in Altersvorsorgelösungen.

Bankeigene Anlageformen werden um Angebote der Genossenschaftlichen FinanzGruppe, wie z.B. Union Investment, Bausparkasse Schwäbisch Hall und R+V Versicherung ergänzt. Das außerbilanzielle Kundenanlagevolumen bewegte sich mit 772,4 Mio. Euro über Vorjahresniveau (+9,3 Prozent).

Dienstleistungsgeschäft	Berichtsjahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	5.591	5.404	187	3,5
Vermittlungserträge	4.653	4.243	410	9,7
Erträge aus Zahlungsverkehr	8.593	8.845	-252	-2,9

Zum Dienstleistungsgeschäft zählen insbesondere die Vermittlung von Wertpapieren, Fonds, Versicherungen, Bausparverträgen sowie Darlehen und Ratenkrediten über Partner der Genossenschaftlichen FinanzGruppe.

Insgesamt bewegte sich das Dienstleistungsgeschäft als wesentliche Ertragsquelle der Bank mit 18,8 Mio. Euro leicht oberhalb Vorjahresniveau (18,5 Mio. Euro), begünstigt durch ein positives Börsenumfeld, breite Durchdringung bei Vorsorgelösungen und Etablierung von Bereitstellungsprovisionen bei leicht rückläufigen Zahlungsverkehrserträgen.

4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der wirtschaftlichen Lage

a) Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Genossenschaft haben sich im Vorjahresvergleich wie folgt entwickelt:

Erfolgskomponenten	Berichtsjahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Zinsüberschuss ¹⁾	53.077	43.738	9.339	21,4
Provisionsüberschuss ²⁾	17.204	15.800	1.404	8,9
Sonstige betriebliche Erträge	2.317	1.583	734	46,3
Verwaltungsaufwendungen	39.014	34.966	4.048	11,6
a) Personalaufwendungen	22.814	21.250	1.564	7,4
b) andere Verwaltungsaufwendungen	14.815	12.398	2.418	19,5
c) Abschreibungen	1.384	1.319	66	5,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	927	791	136	17,2
Betriebsergebnis vor Bewertung ³⁾	32.840	26.249	6.591	25,1
Bewertungsergebnis ⁴⁾	-29.587	-17.868	-11.719	65,6
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	3.253	8.381	-5.128	-61,2
Steueraufwand	1.519	3.789	-2.270	-59,9
Einstellungen in den Fonds für allgemeine Bankrisiken	0	1.600	-1.600	-100,0
Jahresüberschuss	1.733	2.992	-1.258	-42,1
durchschnittliche Bilanzsumme ⁵⁾	2.029.432	2.040.221	-10.790	-0,5

1) GuV-Posten 1 abzüglich GuV-Posten 2 zuzüglich GuV-Posten 3

2) GuV-Posten 5 abzüglich GuV-Posten 6

3) Saldo aus den GuV-Posten 1 bis 12

4) Saldo aus den GuV-Posten 13 bis 16

5) Die durchschnittliche (Brutto-)Bilanzsumme (dBS) ist die Bilanzsumme vor Kürzung von Wertberichtigungen/Vorsorgereserven bei täglicher Gewichtung

Die Kieler Volksbank eG konnte im vergangenen Geschäftsjahr einen Zinsüberschuss von 53,1 Mio. Euro erwirtschaften und liegt damit deutlich oberhalb des Vorjahrs (43,7 Mio. Euro). Der Anstieg ist im Wesentlichen auf einmalige, nicht wiederkehrende Erträge aus dem Schließen von Zinsderivaten (8,7 Mio. Euro) zurückzuführen. Die durch Absenkung des Zinsniveaus geringeren Zinsaufwendungen kompensierten die im selben Zuge zurückgegangenen Zinserträge. Bezogen auf die durchschnittliche Bilanzsumme ergab sich eine Zinsüberschussquote von 2,62 Prozent, unter Herausrechnung des Sondereffekts 2,19% (Vorjahr 2,14 Prozent).

Der Provisionsüberschuss lag mit 17,2 Mio. Euro oberhalb des Vorjahrs (15,8 Mio. Euro). Der Zuwachs resultiert insbesondere aus der durch die Marktentwicklung begünstigte höhere Nachfrage nach Wertpapiergeschäften. Bezogen auf die durchschnittliche Bilanzsumme ergab sich eine Provisionsüberschussquote von 0,85 Prozent (Vorjahr 0,77 Prozent).

Die Verwaltungsaufwendungen einschließlich Abschreibungen stiegen mit 39,0 Mio. Euro um 11,6 Prozent an. Die Erhöhung resultiert insbesondere aus gestiegenen Personalaufwendungen (+7,4 Prozent) durch Tarifsteigerungen sowie aus der Schließung von Vakanzen (+19 Köpfe). Die anderen Verwaltungsaufwendungen stiegen auf 14,8 Mio. Euro (Vorjahr 12,4 Mio. Euro) und beinhalten neben den allgemeinen Preissteigerungen insbesondere Kosten für Strategische Projekte der Kieler Volksbank eG zur Zukunftsausrichtung Privatkunden und PrivateBanking sowie Digitalisierung der Kreditprozesse. Ebenfalls hat die 2025 durchgeführte turnusgemäße Bundesbankprüfung nach § 44 KWG zum Kostenanstieg beigetragen. Insgesamt ergibt sich eine Verwaltungsaufwandsquote inklusive Abschreibungen in Relation zur durchschnittlichen Bilanzsumme von 1,92 Prozent (Vorjahr 1,71 Prozent).

Das Betriebsergebnis vor Bewertung liegt durch den Sondereffekt der Schließung von Zinsderivaten mit 32,8 Mio. Euro um 25,1 Prozent oberhalb des Vorjahrs (26,2 Mio. Euro). In Relation zur durchschnittlichen Bilanzsumme stieg die Betriebsergebnisquote von 1,26 Prozent auf 1,62 Prozent bzw. unter Herausrechnung des Sondereffekts aus dem Schließen der Zinsderivate 1,19 Prozent.

Die wirtschaftliche Stagnation sowie die hohe Zins- und Kostenlast für Unternehmen insbesondere in den Kerngeschäftsfeldern Grundstücks- und Wohnungswesen und Baugewerbe haben weiterhin starke Auswirkungen auf das Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft, das mit -29,1 Mio. Euro (zzgl. -0,5 Mio. Euro aus dem Eigengeschäft) weit oberhalb des Vorjahrs liegt (-17,6 Mio. Euro zzgl. -0,3 Mio. Euro aus dem Eigengeschäft). Ursächlich ist die schwache gesamtwirtschaftliche Lage, insbesondere die bisher ausgebliebene Erholung an den Immobilienmärkten. Alle erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft sind abgesichert.

Vom Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit in Höhe von 3,3 Mio. Euro (Vorjahr 8,4 Mio. Euro) verbleibt nach Abzug des Steueraufwands in Höhe von 1,5 Mio. Euro (Vorjahr 3,8 Mio. Euro) ein Jahresüberschuss von 1,7 Mio. Euro (Vorjahr 3,0 Mio. Euro). Die Zuführung zur Stärkung des Fonds für allgemeine Bankrisiken wird ausgesetzt (Vorjahr 1,6 Mio. Euro). Der Jahresüberschuss wird – unter der Voraussetzung des Beschlusses der Vertreterversammlung – neben der Stärkung der Rücklagen zur Ausschüttung einer Dividende in Höhe von 2,0 Prozent an die 26.652 Mitglieder verwendet.

b) Finanzlage

Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur wird durch die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden dominiert, die 75,1 Prozent (Vorjahr 73,8 Prozent) der Bilanzsumme ausmachen. Die täglich fälligen Verbindlichkeiten betragen 68,8 Prozent (Vorjahr 59,9 Prozent) der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden. Der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beträgt 13,5 Prozent (Vorjahr 15,2 Prozent) der Bilanzsumme. Es handelt sich um Refinanzierungsdarlehen, die in der Regel die identische Laufzeit der korrespondierenden Aktivpositionen haben. Die Verzinsung entspricht der zum Zeitpunkt des Geschäftsabschlusses geltenden Marktkondition. Die bilanzielle Eigenkapitalquote beträgt 10,7 Prozent.

Investitionen

Die Kieler Volksbank eG nimmt regelmäßige Investitionen in Gebäude, Betriebsvorrichtungen und Geschäftsausstattung vor, um den technischen und baulichen Stand zu aktualisieren. Die erforderlichen Investitionen werden in der Mehrjahresplanung berücksichtigt, ebenso wie die Investitionen in digitale Vertriebswege zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit.

Die Sachanlagen blieben mit 38,9 Mio. Euro weitgehend konstant zum Vorjahr (39,6 Mio. Euro).

Die hohen Personalinvestitionen sind Grundlage verlässlicher persönlicher Kundenbetreuung und Leistungserbringung in allen Bereichen der Bank. Die Anzahl der durchschnittlich Beschäftigten betrug 317 (darunter 193 Vollzeitbeschäftigte, 62 Teilzeitbeschäftigte, 30 Auszubildende und 32 gewerbliche Mitarbeiter/innen). Es wurden 1.127 Tage in systematische Personalentwicklungsmaßnahmen investiert.

Liquidität

Die Geschäfts- und Refinanzierungsstruktur der Bank wird maßgeblich durch das Kundengeschäft bestimmt. Sie stellt die Basis der Liquiditätsausstattung dar. Des Weiteren unterstützt die bestehende Verbundstruktur die geforderte Diversifikation der Refinanzierungsquellen.

Die Zahlungsfähigkeit der Kieler Volksbank eG war im abgelaufenen Geschäftsjahr nach Art, Höhe und Fristigkeit gegeben. Die monatlichen Meldungen der Liquidity Coverage Ratio (LCR) wiesen im Berichtszeitraum durchgängig einen Wert oberhalb der aufsichtsrechtlichen Mindestanforderung von 100 Prozent aus. Zum Bilanzstichtag lag die Kennzahl bei 158,1 Prozent.

Die vierteljährlichen Meldungen zur Net Stable Funding Ratio (NSFR) wiesen im Berichtszeitraum durchgängig einen Wert oberhalb der aufsichtsrechtlichen Mindestanforderung von 100 Prozent aus. Die Kennzahl lag zum Bilanzstichtag bei 128,2 Prozent.

Bei Liquiditätsschwankungen kann die Bank auf ausreichende Liquiditätsreserven auch in Form von Bankguthaben zurückgreifen. Durch die Einbindung in die Genossenschaftliche FinanzGruppe, den genossenschaftlichen Liquiditätsverbund und die Refinanzierungsfazilitäten der EZB bestehen weitere Refinanzierungsmöglichkeiten. Vor diesem Hintergrund ist die Fähigkeit der Kreditgenossenschaft zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen jederzeit gesichert.

Liquiditätsbelastungen aus außerbilanziellen Verpflichtungen haben sich nicht ergeben.

c) Vermögenslage

Angemessene Eigenmittel bilden, auch als Bezugsgröße für eine Reihe von Aufsichtsnormen, neben einer stets ausreichenden Liquidität die unverzichtbare Grundlage einer soliden Geschäftspolitik. Die Eigenkapitalstruktur der Bank ist geprägt von Geschäftsguthaben der Mitglieder und erwirtschafteten Rücklagen. Im Geschäftsjahr wurde das Eigenkapital durch Gewinnung neuer Mitglieder (+586) und Ausweitung der Geschäftsguthaben (+3,9 Mio. Euro) gestärkt. Insgesamt ist das bilanzielle Eigenkapital inklusive Nachrangmittel um 3,7 Mio. Euro auf 208,7 Mio. Euro gestiegen.

Die Kapitalquoten erreichten zum Jahresultimo 2025 bezogen auf das Kernkapital 14,0 Prozent (Vorjahr 12,7 Prozent), bezogen auf das Gesamtkapital 15,1 Prozent (Vorjahr 14,1 Prozent).

Die im Institut getroffenen Vorkehrungen zur ordnungsgemäßen Ermittlung des Kernkapitals und des Ergänzungskapitals im Rahmen der bankaufsichtlichen Meldungen sind angemessen. Nach den vertraglichen sowie satzungsmäßigen Regelungen erfüllen die angesetzten Kapitalinstrumente die Anforderungen der CRR zur Anrechnung als aufsichtsrechtlich anerkanntes Kern- und Ergänzungskapital.

Die relevanten Vorgaben des KWG sowie der CRR (Capital Requirement Regulation) wurden eingehalten.

Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG beläuft sich auf 0,09 Prozent.

Das bilanzielle Eigenkapital sowie die Eigenmittelausstattung und Kapitalquoten stellen sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Eigenkapital laut Bilanz ¹⁾	208.704	204.971	3.733	1,8
Eigenmittel (Art. 72 CRR)	206.622	205.475	1.147	0,6
Harte Kernkapitalquote	14,0 %	12,7 %		
Kernkapitalquote	14,0 %	12,7 %		
Gesamtkapitalquote	15,1 %	14,1 %		

¹⁾ Hierzu rechnen die Passivposten 9 (Nachrangige Verbindlichkeiten), 10 (Genussrechtskapital), 11 (Fonds für allgemeine Bankrisiken) und 12 (Eigenkapital).

Die Wertpapieranlagen der Genossenschaft entwickelten sich wie folgt:

Wertpapieranlagen	Berichtsjahr	2024	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Anlagevermögen	162.812	143.952	18.860	13,1
Liquiditätsreserve	24.283	37.732	-13.449	-35,6

Von den Wertpapieranlagen entfällt ein Anteil von 97,5 Prozent auf Schuldverschreibungen und festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 5) bzw. von 2,5 Prozent auf Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 6).

Die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 5) bestehen zu 97,3 Prozent aus festverzinslichen und zu 2,7 Prozent aus variabel verzinslichen Wertpapieren (jeweils ohne Berücksichtigung der Zinsabgrenzung) von Emittenten guter Bonität. Davon entfallen 136,1 Mio. Euro auf Kreditinstitute und 16,2 Mio. Euro auf Nichtbanken sowie 30,7 Mio. Euro auf öffentliche Emittenten. Alle Wertpapiere lauten auf Euro und wurden überwiegend von inländischen Emittenten aufgelegt. Wesentliche Veränderungen in der Struktur sowie Bonitätseinstufung bei den Wertpapieranlagen haben sich im Vergleich zum Vorjahr nicht ergeben.

Der Aktivposten 6 beinhaltet Anteile an Investmentfonds und Immobilienfonds, welche dem Anlagevermögen zugeordnet sind.

Bei allen Anlagen wurde auf eine Ausgewogenheit zwischen Bonität, Rentabilität und Liquidität geachtet.

Sämtliche Wertpapiere der Liquiditätsreserve sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Vom gesamten Wertpapierbestand wurde ein Teilbetrag in Höhe von 155,9 Mio. Euro wie Anlagevermögen zum gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Die vermiedenen Abschreibungen entsprechen 4,6 Mio. Euro.

5. Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

In einem wirtschaftlich extrem herausfordernden und von anhaltenden geopolitischen Krisen geprägten Marktumfeld 2025 wurde durch die Kieler Volksbank eG eine auf die durchschnittliche Bilanzsumme bezogene und um außerordentliche Faktoren bereinigte Betriebsergebnisquote vor Bewertung von 1,62 Prozent bzw. unter Herausrechnung des Sondereffekts aus dem Schließen der Zinsderivate von 1,19 Prozent (Planwert 0,84 Prozent) erwirtschaftet. Vergleichbare Genossenschaften erreichten durchschnittlich 1,10 Prozent.

Für die als Spiegelbild der anhaltenden Konjunkturschwäche insbesondere in den Kernbranchen Grundstücks- und Wohnungswesen sowie Baugewerbe nochmals angestiegenen Risiken in den Kundenforderungen sind angemessene Wertberichtigungen und Vorsorgereserven gebildet. Dem allgemeinen Kreditrisiko ist durch Abzug von Pauschalwertberichtigungen gemäß IDW RS BFA 7 Rechnung getragen worden. Die Wertberichtigungen können aufgrund der leicht überdurchschnittlichen Geschäftsentwicklung und des Sondereffekts aus dem Schließen von Zinsderivaten von der Kieler Volksbank eG getragen werden.

Die Vermögenslage der Bank zeichnet sich unverändert durch eine angemessene Eigenkapitalausstattung aus. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen wurden sowohl im Vorjahr als auch im aktuellen Geschäftsjahr erfüllt.

Finanzlage und Liquiditätsausstattung entsprechen den aufsichtsrechtlichen und betrieblichen Erfordernissen. Die Risikotragfähigkeit der Bank war laufend sichergestellt.

C. Risiko- und Chancenbericht

Risikomanagementsystem und -prozess

Die im Strategiehandbuch dokumentierte Geschäfts- und Risikostrategie basiert auf einem intensiven Strategieprozess. Wesentliche Bestandteile der Geschäftsstrategie sind die aus der Risikotragfähigkeit der Bank abgeleiteten Teilstrategien für die wesentlichen Geschäftsaktivitäten Kundengeschäft, Immobilien und Beteiligungen.

Konsistent zur Geschäfts- und Risikostrategie wurde eine Unternehmensplanung entwickelt, die eine langfristige und umfassende Begleitung der Mitglieder und Kunden im Hinblick auf Finanzierungswünsche, Vermögensanlagen und Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr sicherstellt.

Mit Hilfe einer strategischen Eckwert- und Kapitalplanung für einen Zeitraum von 5 Jahren wird die Entwicklung des Instituts gesteuert. Die Annahmen für die Markt und Volumenentwicklungen erfolgen hierbei durch Experten auf Basis von Marktprognosen. Die abgeleiteten Ertrags- und Vermögenswirkungen werden anhand von Simulationsrechnungen mit Unterstützung der Steuerungssoftware VR Control ermittelt.

Die Geschäfts und Risikostrategie sowie die Teilstrategien werden im Rahmen des Strategieprozesses regelmäßig überprüft. Das von der Bank verwendete Strategiemodell zeigt den organisatorischen Rahmen für die Strategieüberprüfung und für die Vernetzung der strategischen und operativen Gesamtbanksteuerung auf.

Ziel der Risikostrategie ist nicht die Vermeidung von Risiken, sondern das bewusste Eingehen von Risiken zur Wahrung eines angemessenen Chancen-/Risiko Profils.

Ein System zur Früherkennung von Risiken ist implementiert. Vor dem Hintergrund wachsender Komplexität der Märkte im Bankgeschäft ist dies als zentrale Aufgabe zu sehen. Die zuständigen Organisationseinheiten berichten unmittelbar an den Vorstand. Zum Einleiten bedarfsgerechter gegensteuernder Maßnahmen ist ein Risikocontrolling und managementsystem mit entsprechenden Instrumenten eingerichtet.

Die Entscheidungsträger werden durch das interne Berichtssystem über die Geschäfts- und Risikoentwicklung frühzeitig informiert, um Maßnahmen zur Gegensteuerung ergreifen zu können.

Ziel des Risikomanagements der Kieler Volksbank eG ist es, Risiken, die den Erfolg wesentlich beeinflussen oder gar den Fortbestand gefährden können, frühzeitig zu erkennen sowie umfassend zu messen, zu überwachen und zu steuern. Integraler Bestandteil ist dabei die fortlaufende Sicherstellung der Risikotragfähigkeit. Die Planung und Steuerung der Risiken erfolgt auf Basis der Risiko- und Liquiditätstragfähigkeit der Bank unter Berücksichtigung der Geschäfts- und Risikostrategie.

Die Bestimmung der Risikotragfähigkeit erfolgt sowohl in einer normativen als auch in einer ökonomischen Perspektive als komplementäre, sich ergänzende Ansätze. Die zur Risikotragfähigkeitssteuerung eingesetzten Methoden und Verfahren berücksichtigen somit das Ziel der Fortführung des Instituts (normative Perspektive), als auch den Schutz der Gläubiger vor Verlusten aus ökonomischer Sicht (ökonomische Perspektive).

Die Risikotragfähigkeit in der normativen Perspektive, die einen periodischen Steuerungskreis darstellt, zielt auf die Fortführung der operativen Geschäftstätigkeit. In der normativen Perspektive wird die Einhaltung der regulatorischen Anforderungen betrachtet. Diese umfassen insbesondere die Kapitalgrößen wie Kapitalanforderungen sowie Strukturanforderungen hinsichtlich des Kapitals wie beispielsweise die Höchstverschuldungsquote und die Großkreditgrenzen. Die Risikotragfähigkeit ist demnach gegeben, sofern der ermittelte Kapitalbedarf die Einhaltung der Kapitalquoten bewirkt und die sämtliche Strukturanforderungen hinsichtlich des Kapitals erfüllt werden.

Die normative Perspektive wird ausgehend von der Gesamtbankplanung über einen Zeithorizont von 3 Jahren abgebildet. In dieser wird die Entwicklung des regulatorischen Kapitalbedarfs im Rahmen einer mehrjährigen Kapitalplanung bestimmt. Neben einem Planszenario werden mögliche abweichende Entwicklungen wie Bonitätsverschlechterungen im Kundenkreditgeschäft in einem adversen Szenario berücksichtigt.

Die Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive zielt auf den Schutz der Gläubiger ab. In der ökonomischen Perspektive, die barwertig ermittelt wird, werden das Risikodeckungspotenzial und die konsistent dazu ökonomisch ermittelten Risiken gegenübergestellt. Die ökonomische Risikotragfähigkeit ist demnach gegeben, wenn die barwertigen Risiken durch das Risikodeckungspotenzial laufend gedeckt sind. Die Bewertung des Risikodeckungspotenzials erfolgt unabhängig von Rechnungslegungskonventionen und aufsichtlichen Eigenmittelanforderungen.

Ausgangspunkt bei der barwertigen Ermittlung des Risikodeckungspotenzials ist der Barwert (Marktwert) sämtlicher Vermögenswerte und Verbindlichkeiten. Dabei werden auch außerbilanzielle Größen berücksichtigt.

Auf Basis des ermittelten Risikodeckungspotenzials wird im Rahmen des Strategie- und Limitierungsprozesses einmal jährlich das Gesamtbankrisikolimit festgelegt. Damit wird sichergestellt, dass genügend freies Risikodeckungspotenzial zur Verfügung steht, um zukünftige Wertschwankungen aufzufangen.

Die Risikomessung für die in der ökonomischen Perspektive der Risikotragfähigkeit berücksichtigten Risikoklassen erfolgt mithilfe geeigneter Value-at-Risk (VaR)-Modelle mit einem Konfidenzniveau von 99,9 Prozent mit einem Risikobetrachtungshorizont von einem Jahr. Bei den Risikoklassen, für die kein statistisches Verlustverteilungsmodell verwendet wird, erfolgt eine expertenbasierte Risikoeinschätzung, die dem Ausmaß nach dem 99,9 Prozent-Quantil entspricht. Die Risikoaggregation erfolgt ohne Berücksichtigung von Korrelationen zwischen den einzelnen Risikoarten additiv.

Die Ermittlung der Liquiditätstragfähigkeit erfolgt ebenfalls in einer normativen und einer ökonomischen Perspektive anhand von aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennzahlen sowie einer Überwachung des Überlebenshorizonts.

In der normativen Perspektive wird das Ziel verfolgt, kurzfristig und in der mehrjährigen Geschäftsplanung die aufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen einzuhalten. Dazu werden hochliquide Vermögenswerte den aufsichtsrechtlichen Nettomittelabflüssen gegenübergestellt. Für die Steuerung der normativen Liquiditätstragfähigkeit verwenden wir die aufsichtsrechtlich vorgegebene Kennzahl Liquidity Coverage Ratio (LCR).

Zusätzlich wird die Net Stable Funding Ratio (NSFR) als normative Mindestgröße in der Banksteuerung berücksichtigt. Diese zeigt das Verhältnis von verfügbarer zur erforderlichen stabilen Refinanzierung auf.

In der ökonomischen Perspektive werden neben der Plan-Liquiditätsablaufbilanz Stress-Liquiditätsablaufbilanzen vierteljährlich erstellt. Diese berücksichtigen die Liquiditätsauswirkungen von institutseigenen und marktweiten Ursachen sowie eine Kombination daraus. Wir haben einen Mindest-Überlebenshorizont für die Plan-Liquiditätsablaufbilanz sowie die Stress-Liquiditätsablaufbilanzen definiert, dieser wurde im Berichtszeitraum nicht unterschritten.

Die Offenlegung der Risikomanagementziele und -politik entsprechen den Anforderungen des Artikels 435 CRR.

Die eingerichteten Systeme und Verfahren des Risikomanagements sind dem Profil und der Geschäfts- und Risikostrategie der Bank sowie ihrer Größe angemessen und entsprechen den Anforderungen der MaRisk. Die Risikomanagementziele und -strategien werden dem Aufsichtsrat zur Kenntnis gegeben und mit diesem erörtert.

Risiken

Als Risiko ist die negative Abweichung vom erwarteten Ergebnis bzw. Planwert aufgrund von Unsicherheit definiert. Zur Beurteilung der Wesentlichkeit von möglichen Risiken verschafft sich die Geschäftsleitung, einmal im Jahr im Rahmen der Risikoinventur sowie anlassbezogen einen Überblick über die Risiken der Bank auf Gesamtinstitutsebene. Dabei werden auch übergreifende Risiken wie das Modell-, Reputations- und Nachhaltigkeitsrisiko sowie Risikokonzentrationen in der Wesentlichkeitsbewertung der einzelnen Risikoklassen berücksichtigt.

Zum Abschlussstichtag werden das Kreditrisiko, das Marktrisiko, das operationelle Risiko, das Liquiditätsrisiko und das Beteiligungsrisiko als wesentliche Risiken bewertet.

Für die Risikobeurteilung zum Abschlussstichtag wird konsistent zum Prognosezeitraum ein Zeitraum von 1 Jahr zu Grunde gelegt, in dem auch das Vorliegen von bestandsgefährdenden Risiken beurteilt wird.

Bestandsgefährdende Risiken (wesentliche Risiken mit hohen Auswirkungen) liegen für den hier zugrunde gelegten Beurteilungszeitraum von 1 Jahr nicht vor.

Adressenausfallrisiken bzw. Kreditrisiko

Das Adressenausfallrisiko stellt das Risiko des teilweisen oder vollständigen Ausfalls von Forderungen oder anderen schuldrechtlichen Instrumenten dar. Es beinhaltet das Kreditrisiko, das Emittentenrisiko und das Kontrahentenrisiko (jeweils einschließlich des Länderrisikos).

Das Kreditrisiko reflektiert die Gefahr, dass Verluste oder entgangene Gewinne aufgrund des Ausfalls von Geschäftspartnern, der Migration oder der adressbezogenen Spreadveränderung das erwartete Maß übersteigen.

Das Kreditrisiko wird von der Kieler Volksbank eG als aufsichtsrechtlich wesentlich eingestuft. Auf Grundlage der Risikoinventur kann das Risiko mit mittlerer Wahrscheinlichkeit eintreten und hat ein hohes Schadenspotenzial mit entsprechend wesentlicher Auswirkung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Zur Steuerung des Kreditrisikos werden im Kundengeschäft Ratingsysteme zur Beurteilung der Bonität einzelner Engagements eingesetzt (überwiegend VR-Rating). Zur Bestimmung der Ausfallwahrscheinlichkeiten verwendet die Bank vorrangig die Verfahren der Genossenschaftlichen FinanzGruppe. Um die Spezifika der einzelnen Kundensegmente abbilden zu können, sind für unterschiedliche Kundensegmente separate Ratingverfahren im Einsatz.

Bei den Eigenanlagen werden für Wertpapiere die Ratinginformationen der DZ BANK AG auf Basis externer Ratingagenturen genutzt und für Fonds die Risikoinformationen der Fondsgesellschaft Union Investment. Auch hier werden die Risikoentwicklungen im Rahmen von VR-Control über ein Portfoliomodell überwacht. Turbulenzen an den Finanzmärkten begegnet man durch eine breite Streuung der Eigenanlagen, Diversifikation in viele Anlageklassen und Beschränkung auf gute Bonitäten.

Gemäß den Grundsätzen zur Risikosteuerung werden zur Absicherung von Kreditrisiken werthaltige Sicherheiten hereingenommen. Ratingnoten und Sicherheiten fließen in alle relevanten Kreditprozesse ein - von der Kreditvergabe bis zur Kreditüberwachung.

Neben der Steuerung von Kreditrisiken auf Kundenebene, wird auch eine Steuerung Portfolioebene vorgenommen. Zu diesem Zweck ist ein Limitsystem, unter anderem bezogen auf die Risikokonzentration, implementiert. Im Rahmen der Kreditrisikosteuerung wird das Portfolio sowohl nach Bonitätsklassen, Größenklassen, Branchen, Sicherheiten und weiteren Risikotreibern sowie deren Entwicklung analysiert und die Einhaltung des Limitsystems überwacht. Zur Begrenzung der Einzelemittentenrisiken werden vom Vorstand kombinierte Kontrahenten- und Emittentenlimite ("Geschäftspartnerlimite") beschlossen. Vorstand und Aufsichtsrat werden quartalsweise über die Entwicklung des Portfolios sowie über die Auslastung der Einzel- und Strukturlimite informiert.

Daneben stellen die Mindestanforderungen an die Kreditvergabe risikobegrenzende Maßnahmen beim Einzelgeschäft dar. Kreditentscheidungen werden in Abhängigkeit vom Risikogehalt über unterschiedliche Kompetenzstufen getroffen. Die Bewertung der Kreditengagements und gegebenenfalls die Bildung einer Risikovorsorge erfolgen in Übereinstimmung mit den handelsrechtlichen Vorschriften. Als zentrales Kriterium für die Prüfung der akuten Ausfallrisiken wird die Nachhaltigkeit der Kapitaldienstfähigkeit herangezogen. Die Bank prüft die Bildung von Risikovorsorge bei Vorliegen von Frühwarnsignalen und Ausfallkriterien. Sanierungsbedürftige und notleidende Engagements werden in einem marktunabhängigen Bereich betreut bzw. überwacht.

Mit Hilfe des Kreditportfoliomodells für Kundengeschäfte (KPM-KG) wird monatlich barwertig unter VR-Control ein unerwarteter Verlust (Credit-Value-at-Risk) ermittelt. Die Berechnung erfolgt auf Basis von Kreditrisikoprämien in einem mehrstufigen Verfahren, dem sowohl die modellierten Verluste auf Basis des LGD-Modells als auch Ausfallwahrscheinlichkeiten und Sektorparameter zugrunde liegen.

Das Kreditrisiko bei Eigenanlagen wird im Rahmen der Risikotragfähigkeitskonzeption der Bank monatlich mit Hilfe des Kreditportfoliomodells für Eigengeschäfte (KPM-EG) ermittelt. Grundlage der Berechnungen sind verschiedene Marktpartnersegmente, die differenzierte Spread- und Ratingmigrationen, Spreadverteilungen sowie Migrationsmatrizen aufweisen. Die Ermittlung des in der Risikomessung angesetzten unerwarteten Verlustes (Risikoszenario) basiert auf einer Haltedauer von 250 Tagen.

Marktpreisrisiken bzw. Marktrisiken

Das Marktpreisrisiko umfasst das Risiko aus nachteiligen Veränderungen von Marktpreisen oder Marktparametern (Zinsstrukturkurve, Aktienkurse, Devisenkurse), in deren Folge sich Abweichungen vom geplanten Barwert ergeben.

Das Marktrisiko stuft die Bank anhand der Risikoinventur als aufsichtsrechtlich wesentlich und betriebswirtschaftlich hoch ein, mit einer hohen Eintrittswahrscheinlichkeit und einem hohen potenziellen Schaden, der sich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage maßgeblich auswirken kann.

Im Rahmen des Risikomanagements wird das Marktpreisrisiko unterschieden in Marktrisikos in Zins-, Aktien-, Rohstoff- und Währungsrisiken.

Das Zinsänderungsrisiko stuft die Bank anhand der Risikoinventur als aufsichtsrechtlich wesentlich ein, mit einer hohen Eintrittswahrscheinlichkeit und einem hohen potenziellen Schaden, der sich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage maßgeblich auswirken kann.

Das Währungsrisiko ist von untergeordneter Bedeutung, Aktien- und Rohstoff-Risiken liegen nicht vor.

Für die Beurteilung des strategischen Zinsbuches wird das Barwertkonzept eingesetzt. Für die wesentlichen variablen Positionen hat die Bank Ablauffiktionen auf der Grundlage gleitender Durchschnitte ermittelt. Die Risiken werden nach der Veränderung des Barwertes des Zinsbuches mit dem Value at Risk Ansatz gemessen.

Der Value at Risk für das strategische Zinsbuch basiert auf dem Resampling-Modell mit einem Beobachtungszeitraum von 2.500 Tagen. Das Konfidenzniveau ist mit 99,9 Prozent bei einer Haltedauer von 250 Tagen festgelegt.

Zur Steuerung der Risiken werden Zinssicherungsinstrumente eingesetzt. Dabei handelt es sich ausschließlich um Sicherungsgeschäfte zur Aktiv/Passiv Steuerung in Form von Zinsswaps. Zum Bilanzstichtag 2025 wurden zur Reduzierung des Zinsänderungsrisikos Zinsswaps mit einem Nominalvolumen von 20,0 Mio. Euro im Bestand gehalten.

Die zinsbezogenen Finanzinstrumente des Bankbuchs einschließlich der zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv/Passiv Steuerung) abgeschlossenen Zinsderivate werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller Geschäfte nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 (n.F.) verlustfrei bewertet. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum Bilanzstichtag war keine Rückstellung zu bilden.

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiken können grundsätzlich in der Form des Zahlungsunfähigkeitsrisikos, des Refinanzierungsrisikos und des Marktliquiditätsrisikos auftreten.

Zahlungsunfähigkeitsrisiken treten ein, wenn Zahlungsverpflichtungen nicht fristgerecht oder nicht in ausreichender Höhe erfüllt werden können. Refinanzierungsrisiken entstehen, wenn die Liquidität nicht zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann oder die Refinanzierungsmittel nicht im erforderlichen Umfang zur Verfügung stehen. Marktliquiditätsrisiken treten ein, wenn Anlagen nicht zum gewünschten Zeitpunkt oder in der geplanten Höhe liquidiert werden können.

Die Entwicklung der offenen Zusagen, Sichteinlagen und Tagesgelder dienen als Frühwarnindikator für eine mögliche Zahlungsunfähigkeit und stellen dabei insbesondere den Überlebenshorizont dar. Anhand institutseigener Szenarien für Liquiditätsrisiken werden Stresstests durchgeführt. Durch die Anrechnung auf die Liquiditätspuffer wird auf dieser Grundlage der Überlebenshorizont ermittelt. Dabei werden auch adverse Entwicklungen außerhalb des Erwartungshorizontes reflektiert.

Liquiditätsrisiken werden darüber hinaus von der Bank anhand von Fälligkeitslisten und Cashflow Ermittlungen überwacht.

Das Liquiditätsrisiko wird anhand der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennzahl Liquidity Coverage Ratio (kurz: LCR) überwacht. Als Risikotoleranz wurde eine interne Zielquote für die LCR von 130 Prozent definiert bei aufsichtsrechtlicher Mindestanforderung von 100 Prozent.

Die Anrechnung der Liquiditätsrisiken erfolgt im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes der Bank durch die Ermittlung des barwertigen Liquiditätskostenrisikos.

Die Bank erachtet das Liquiditätsrisiko insgesamt als wesentlich im Sinne des Aufsichtsrechts. Zwar tritt das Risiko mit lediglich geringer Wahrscheinlichkeit ein, zeichnet sich in Bezug auf die Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage jedoch durch ein hohes Schadenspotenzial aus.

Operationelles Risiko

Operationelle Risiken betreffen die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unzulänglichkeit oder des Versagens von internen Prozessen, Menschen oder Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein.

Die Bank hat eine einheitliche Festlegung und Abgrenzung der operationellen Risiken zu den anderen betrachteten Risikokategorien vorgenommen und diese in den Organisationsrichtlinien fixiert und kommuniziert.

Wesentliche operationelle Risiken werden jährlich identifiziert und analysiert. Hierzu wird auf eine Schadensfalldatenbank zurückgegriffen, in die eingetretene Schäden eingestellt werden.

Das IT-Risiko stellt ein spezielles operationelles Risiko dar. Hier werden insbesondere die Teilbereiche "Zentrales Rechenzentrum" und "IT-Risiken Bank" betrachtet. Über die IT-Risiken, die das Rechenzentrum betreffen, wird regelmäßig Bericht vom IT-Dienstleister erstattet einschließlich Darstellung der eingeleiteten Maßnahmen bei Problemen. Über die Beseitigung der im Rahmen von Sonderprüfungen durch die Finanzaufsicht ermittelten Mängel beim IT-Dienstleister wurde zeitnah an Vorstand und Aufsichtsrat berichtet. Die vereinbarte Meilensteinplanung wurde eingehalten.

Für alle wesentlichen Schadensereignisse in Bezug auf bankinterne IT-Risiken besteht ein umfassender Versicherungsschutz. Betriebliche Notfallplanungen wurden insbesondere auf die Anforderungen aus dem IT-Bereich abgestimmt.

Rechtlichen Risiken begegnet die Kieler Volksbank eG durch die Verwendung der im Verbund entwickelten Formulare und die Inanspruchnahme juristischer Beratung im Fall von Rechtsstreitigkeiten.

Die Bank ermittelt auf Basis eines jährlich durchgeführten sogenannten Self Assessments und einer auf dessen Ergebnissen durchgeführten Monte Carlo Simulation mittels des VR Control Moduls "ORM" einen erwarteten Verlust (erwartete Verlustkomponente) und einen unerwarteten Verlust (Value at Risk). Im Rahmen des Self-Assessments werden verschiedene Risikofaktoren nach ihrer Tragweite und der Schadenshäufigkeit eingestuft. Der einjährige, erwartete Verlust wird bereits bei der Ermittlung des Risikodeckungspotenzials als Abzugsposten berücksichtigt. Der unerwartete Verlust wird dem Limit für die operationellen Risiken gegenübergestellt.

Anhand der Risikoinventur werden operationelle Risiken als aufsichtsrechtlich wesentlich eingestuft. Das Risiko hat eine geringe Eintrittswahrscheinlichkeit und ein mittleres Schadenspotenzial.

Weitere Risiken

Unter dieser Kategorie werden alle nicht bankspezifischen Risiken analysiert.

Das Beteiligungsrisiko ist das Risiko, dass die eingegangenen Beteiligungen zu Barwertverlusten aus bereitgestelltem Eigenkapital, aus Ergebnisabführungsverträgen (Verlustübernahmen) oder aus Haftungsrisiken (z. B. Patronatserklärungen) führen können.

Das Beteiligungsrisiko wird von der Kieler Volksbank eG als aufsichtsrechtlich wesentlich eingestuft. Auf Grundlage der Risikoinventur kann das Risiko mit mittlerer Wahrscheinlichkeit eintreten und es hat ein mittleres Schadenspotenzial mit entsprechend wesentlicher Auswirkung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Die Messung des Beteiligungsrisikos erfolgt mit dem sogenannten Multiplikator-Ansatz. Dabei werden in einem ersten Schritt die Beteiligungsrisiken je Beteiligung berechnet und in einem zweiten Schritt die einzelnen Beträge jeder Beteiligung zur Ermittlung des Risikos auf Portfolio-Ebene summiert.

Ebenfalls wird das Immobilienrisiko aus Wertverlusten und Ertragsrückgängen inklusive der Risiken aus Immobilienfonds von der Kieler Volksbank eG als aufsichtsrechtlich wesentlich eingestuft.

Das Immobilienrisiko ist das Risiko einer nachteiligen Entwicklung der zukünftigen Wert- und Ertragsentwicklung von Investitionen in Immobilien. Das Immobilienrisiko teilt sich in die Komponenten Wertänderungsrisiko, Ertragsrisiko und Mietausfallrisiko auf. Das Immobilienrisiko wird dabei im Marktrisiko berücksichtigt.

Die Risikomessung erfolgt auf Basis eines Faktormodells bzw. eines simulationsbasierten Verfahrens (für Bestände in Fonds). Auf Grundlage der Risikoinventur kann das Risiko mit mittlerer Wahrscheinlichkeit eintreten und es hat ein mittleres Schadenspotenzial mit entsprechend wesentlicher Auswirkung auf die Ertragslage.

Die Risikomessung der Risiken aus Immobilienfonds erfolgt auf Basis individueller Risikokennzahlen der Fondsgesellschaft. Die Risikoermittlung für die im Direktbestand gehaltenen Immobilien erfolgt mittels eines Faktormodells über das Okulartool "IRIS". Mit Hilfe dieses Tools wird ein Wertänderungsrisiko auf einem Konfidenzniveau von 99,9 Prozent (Value at Risk) ermittelt, der gemeinsam mit dem Risiko aus den Fonds dem Limit für das Marktrisiko Immobilienpreis gegenübergestellt wird.

Gesamtbild der Risikolage

Auf Grundlage der Verfahren des Risikomanagements zur Ermittlung der Risiken sowie des Risikodeckungspotenzials ist die Risikotragfähigkeit in den simulierten Standard und Stressszenarien gegeben.

Bestandsgefährdende Risiken sind aufgrund der soliden und risikobewussten Geschäftspolitik sowie der Zugehörigkeit zur kreditgenossenschaftlichen Sicherungseinrichtung nicht erkennbar.

Auf Basis der Strategischen Planung ist die Risikotragfähigkeit angesichts der laufenden Ertragskraft und der Vermögens- / Substanzsituation des Instituts auch im Berichtszeitraum 2026 gegeben. Der Auslastungsgrad des barwertigen Gesamtbankrisikos ist zum 31.12.2025 unter Berücksichtigung der Verlustschätzungs-Stochastik auf 87,2 Prozent angestiegen (Gesamtrisiko 122,9 Mio. Euro bei einem Gesamtrisikolimit von 141 Mio. Euro). Das Gesamtrisiko setzt sich zusammen aus 27,8 Mio. Euro Kreditrisiko Kundengeschäft (Auslastungsgrad 92,7 Prozent), 9,8 Mio. Euro Kreditrisiko Eigengeschäft (Auslastungsgrad 67,6 Prozent), 60,2 Mio. Euro Marktrisiko Zins (Auslastungsgrad 92,6 Prozent), 7,7 Mio. Euro Marktrisiko Immobilienpreis (Auslastungsgrad 73,1 Prozent), 11,3 Mio. Euro Liquiditätsrisiko (Auslastungsgrad 83,9 Prozent), 0,7 Mio. Euro Operationelles Risiko (Auslastungsgrad 71,3 Prozent) und 5,4 Mio. Euro Beteiligungsrisiko (Auslastungsgrad 83,2 Prozent).

Den dargestellten Risiken stehen weitere Ertragspotenziale aus dem strategischen Wachstumskurs im Zins- und Provisionsgeschäft entgegen. Zur Stärkung des zinsunabhängigen Ergebnisses wird die Bank weiterhin in regionale Immobilienprojekte investieren. Der Ausbau des Omnikanalvertriebs und die damit verbundene Erweiterung der Zugangswege der Bank ermöglicht die Intensivierung der Kundenbindung und erhöht die Attraktivität auch für Neukunden.

D. Prognosebericht

Die konjunkturelle Entwicklung bleibt aufgrund geopolitischer Spannungen, volatiler Energiepreise sowie anhaltender Störungen globaler Lieferketten mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Maßgeblich für die weitere wirtschaftliche Entwicklung ist insbesondere der Verlauf der Konflikte im Nahen Osten.

Sollte es zu einer zeitnahen Entspannung der geopolitischen Lage und einem Ende der Kriegshandlungen kommen, ist von einer schrittweisen Normalisierung der Energiepreise und einer Stabilisierung der Lieferketten auszugehen. In diesem Fall dürfte die deutsche Wirtschaft im Jahr 2026 ein moderates reales Wachstum von rund 0,75 Prozent erreichen, das sich im Jahr 2027 auf etwa 1,25 Prozent erhöht. Unterstützend wirken hierbei insbesondere expansive fiskalpolitische Maßnahmen. Die Inflation dürfte zunächst erhöht bleiben (ca. 2,75 Prozent im Jahr 2026), sich jedoch mittelfristig wieder in Richtung des Zielwerts entwickeln. Belastend wirken weiterhin die verbleibende geopolitische Unsicherheit sowie eine gedämpfte Investitionstätigkeit.

Hält der Konflikt hingegen länger an und bleiben Energiepreise sowie Lieferkettenprobleme auf hohem Niveau bestehen, ist lediglich mit einem sehr geringen Wachstum von etwa 0,25 Prozent im Jahr 2026 zu rechnen, gefolgt von einer weitgehenden Stagnation in den darauffolgenden Jahren. Gleichzeitig würde die Inflation mit rund 3,5 Prozent erhöht bleiben, was eine restriktivere Geldpolitik zur Folge hätte. Zusätzliche Belastungen ergeben sich aus handelspolitischen Spannungen sowie strukturellen Wettbewerbsnachteilen, wodurch insbesondere die Investitionstätigkeit deutlich beeinträchtigt wird.

Mit zunehmender Dauer der geopolitischen Spannungen steigt insgesamt das Risiko einer schwächeren wirtschaftlichen Entwicklung.

Vor diesem Hintergrund erwartet die Kieler Volksbank eG in der im Dezember 2025 festgelegten und im Februar 2026 validierten Strategischen Planung für die folgenden Geschäftsjahre sowohl im Aktiv- als auch im Passivgeschäft eine Konsolidierungsphase, die durch zurückhaltende Nachfrage und eine insgesamt moderate Geschäftsentwicklung geprägt ist.

Die Eckwertplanung weist für 2026 als bedeutsamsten Leistungsindikator eine unter kaufmännischer Vorsicht erwartete Betriebsergebnisquote vor Bewertung von 1,2 Prozent aus durch Anstieg des Zinsüberschusses auf 2,3 Prozent. Das Provisionsgeschäft wird mit 0,85 Prozent auf Vorjahresniveau erwartet. Beim Personalaufwand ist eine nochmalige Steigerung der Löhne und Gehälter auf Basis des letzten Tarifvertrags berücksichtigt. Die Planung des Sachaufwands basiert auf Inflationsanstiegen. Es wird eine Verwaltungsaufwandsquote (Cost Income Ratio) für 2026 von voraussichtlich 62,4 Prozent erwartet.

In den Planungsrechnungen sind für 2026 rechnerisch prognostizierte Risikovorsorgebeiträge für das Kundenkreditgeschäft berücksichtigt, deren Höhe – vor dem Hintergrund der erwartet schwachen konjunkturellen Entwicklung – konservativ festgelegt wurde. Es wird ein Bewertungsergebnis deutlich unter dem Niveau von 2025 erwartet.

Es wird eine mittelfristige Kernkapitalquote von durchgängig mindestens 14,0 Prozent angestrebt. Aus der Kapitalplanung ergeben sich unter der Annahme, dass die aktuellen aufsichtsrechtlichen Anforderungen auch 2026 gültig bleiben, derzeit keine Erkenntnisse für zusätzlichen Kapitalbedarf.

Bei ungünstigerer bzw. adverser Entwicklung der Planungsparameter verschlechtern sich die finanziellen Leistungsindikatoren.

Die Risiken der künftigen Entwicklung insbesondere aus einer weiterhin schwachen konjunkturellen Entwicklung bewegen sich in der Auswirkung gegebenenfalls erforderlicher zusätzlicher Risikoabschirmung für die Kieler Volksbank eG grundsätzlich in einem tragbaren Rahmen, wobei insbesondere die Unsicherheitsfaktoren der geopolitischen Einflüsse nicht absehbar sind. Eine Einschätzung der Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist seriös nicht prognostizierbar.

Unter Annahme der strategisch verabschiedeten Planungsprämissen wird weiterhin eine auskömmliche Ertragslage mit unveränderter Kraft zur Selbstfinanzierung erwartet. Chancen zur Realisierung von mittel- bis langfristigen Ergebnissteigerungen werden im Ausbau von Marktanteilen, einer Erhöhung der Kundendurchdringung und einer weiteren Optimierung interner Prozesse und Kosten gesehen. Herausfordernd bleibt der intensive Wettbewerb mit Neobanken und -brokern, Payment-Anbietern und Tech-Konzernen mit erhöhtem Druck auf Innovationskraft und Veränderungsdynamik.

Die nichtfinanziellen Zielgrößen zur Erfüllung des Anspruchs der Qualitätsführerschaft am Bankplatz Kiel und Umgebung mit Ausbau der Mitglieder- und Kundenzufriedenheit und einer nachhaltigen Mitarbeiteridentifikation und -qualifikation plant die Bank leicht steigend und fördert diese durch Verknüpfung der Stärke als regional tätiges Institut mit schnellen Entscheidungen bei gleichzeitiger Nutzung der Leistungsstärke der Genossenschaftlichen FinanzGruppe, deren erstklassige Bonität im Januar bzw. Februar 2026 durch die Ratingagenturen und mit einem Langfristrating von "AA-" (Fitch Ratings) bzw. "A+" (Standard & Poor's Rating Services) bestätigt wurde.

Die Kieler Volksbank eG wird die gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformation im Rahmen eines nachhaltigen genossenschaftlichen Geschäftsmodells durch gezielte Maßnahmen in den einzelnen Handlungsfeldern aktiv umsetzen und befördern und ihre seit 128 Jahren gelebte Verantwortung für Mitglieder, Region und Mitarbeiter verantwortungsbewusst fortführen.

Kiel, 12. Mai 2026

Kieler Volksbank eG

Der Vorstand
